

WIRTSCHAFT

Bevor Fantasie und Kreativität die Wirklichkeit mit Hinzugedichtetem aufpeppen, lassen sich die großen Mythen von wahren Begebenheiten und realen Figuren inspirieren.

So auch der größte: die Legende von der Leistung, die sich lohnt.

Mitunter gibt es sie, die Menschen wie Reinhold Würth, die klein angefangen haben und es durch gewaltige Anstrengungen bis an die Spitze des Weltmarktes gebracht haben. Der Multimilliardär hat mit 14 Jahren die Schule abgebrochen und angefangen, im Schraubenhandel der Eltern zu arbeiten. Nach sieben Jahrzehnten Berufstätigkeit ist aus dem regionalen Handelsunternehmen eine in 80 Ländern aktive Unternehmensgruppe geworden – mit weltweit 83.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 14,4 Milliarden Euro.

Und, gemessen an den Standards der Hönese und Winterkorns, ist die glänzende Karriere des Vorzeigunternehmers allenfalls durch kleine Skandalchen belastet: Ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung, durch die er laut der Stuttgarter Staatsanwaltschaft „keine eigenen Vorteile“ erlangt haben soll, wurde gegen eine Geldzahlung eingestellt. Und den Unmut der Öffentlichkeit erregt Würth höchstens, wenn sein 85 Meter langes Luxus-schiff, die „Vibrant Curiosity“, direkt vor der Freiheitsstatue ankert und das Panorama stört (die „New York Post“ titelte 2017 etwas ungehalten: „Another jackass billionaire blocked Lady Liberty with his megayacht“).

Andere hatten es hingegen einfacher, zu ihren Milliarden zu kommen. Doch fast immer sind es Fleiß und Erfindergeist, die als goldene Tugenden die Grundlage des unternehmerischen Erfolgs darstellen sollen. So heißt es etwa in der knallbunten Chronik zum 125. Geburtstag des Dr.-Oetker-Puddings: „In der Hinterbute seiner Apotheke hantiert Dr. August Oetker bis spät in die Nacht mit verschiedenen Pflüchchen. Was er da in hartnäckiger Forscherarbeit entwickelt, revolutioniert das Backen: Er entwickelt 1893 ein Backpulver, welches aufgrund des genauen Mischungsverhältnisses und der eingesetzten Rohstoffe garantiert, dass jeder Kuchen gelingt.“ Für den großen Durchbruch zur Weltmarke hat es allerdings noch mehr gebracht. Und so heißt es in der Chronik außerdem: „Die Nähe der Unternehmensleitung zu den Machthabern des Dritten Reiches wurde wissenschaftlich-kritisch aufgearbeitet.“

Der Reichtum bleibt in der Familie

Ob Dr. Oetker oder Siemens, Adidas und Deutsche Bank, BMW, Daimler, Volkswagen, Porsche, die Lufthansa, BASF und Bayer, Thyssenkrupp, Bertelsmann, Continental und C&A: Kaum eine Größe der deutschen Industrie ist nicht im Nationalsozialismus groß geworden, oder wenigstens: bedeutend größer. Und der Ursprung gerberter Milliardenvermögen – etwa bei den Reimanns, den Quandts, den Flicks, den Finks, den Kühnes, den Stoscheks und Schaeffers – liegt vielfach in der Vorteilnahme an Arisierung bis hin zum Profit am Vernichtungskrieg oder am Massenmord in den Konzentrationslagern.



Was ist hier die Sehenswürdigkeit? Die Yacht von Reinhold Würth in New York. Foto: Wikimedia /Jaybaum (CC BY-SA 4.0)

Deutschlands gefährlichste Clans

Sie besitzen obszöne Vermögen dank schmutziger Geschäfte, tanzen dem Staat auf der Nase herum und haben mächtige Verbündete in Politik und Wirtschaft: die Milliarden-Erben deutscher Familiendynastien.

Von Minh Schredle

Für viele war die Unterstützung des Naziterrors ein lukratives Investment. Bei einem geheimen Treffen mit Adolf Hitler am 20. Februar 1933, bei dem finanzielle Zuwendungen an die NSDAP in Höhe von drei Millionen Reichsmark beschlossen wurden, waren unter anderem August von Finck senior, Friedrich Flick und Günther Quandt präsent.

Letzteren charakterisierte Joseph Goebbels in einem Tagebuch-Eintrag vom 11. Dezember 1931 als „klug, energisch, brutaler Kapitalist“. In den Werken der Quandts wurden mehr als 50.000 Zwangsarbeiter beschäftigt, die kaum vorstellbare Verzweiflung der KZ-Häftlinge, die bei der Quandt-Firma Pertrix in Berlin arbeiteten, beschreibt der Historiker Joachim Scholtzky: „vor Hunger das Material, vermischt mit Wasser, aßen, aus welchem die Batterien hergestellt wurden.“

Quandt zeigte sich dankbar für die Möglichkeiten, die ihm der Nationalsozialismus eröffnete. Und so formuliert er Ende 1940: „Angesichts der bevorstehenden Jahreswende blicken wir nochmals zurück auf die unvergleichlichen Waffentaten unserer herrlichen Wehrmacht zu Lande, zu Wasser und in der Luft, und dankerfüllten Herzens schauen wir stolz auf den größten Deutschen aller Zeiten: unseren geliebten Führer!“

Während die Quandt-Familie ihr durch brutale Ausbeutung ermöglichtes Vermögen nach dem Krieg behalten durfte und die Erb:innen heute mit 40 Milliar-

den Euro zu den reichsten Deutschen zählen, sind viele Zwangsarbeiter in Armut verelendet. Immerhin wurden ein paar von ihnen spät entschädigt: „Zwischen 2001 und 2007 erhielten die Überlebenden eine einmalige Zahlung zwischen 500 und 7.700 Euro“ aus dem Gesamtfonds von 4,6 Milliarden Euro, schreibt die Bundeszentrale für politische Bildung: „Kriegsgefangene sowie westeuropäische zivile Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter blieben von der Entschädigung ausgeschlossen.“

Was wäre die politische Landschaft ohne Pflege?

Ihr Vermögen setzen die Quandts in alter Tradition noch heute strategisch geschickt ein. Laut Lobbycontrol haben BMW und die Quandts allein im 21. Jahrhundert etwa 10 Millionen Euro an Parteien verteilt und zählen damit zu den größten Spendern der Republik. Das meiste Geld bekam die Union, aber auch Grüne, SPD und FDP gingen nicht leer aus, um, wie es bei BMW heißt, das „gesellschaftspolitische Engagement“ zu stärken.

Die „Pflege der politischen Landschaft“, wie Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch finanzielle Zuwendungen an die Mandatsträger:innen und Parteien nennt, kann allerdings auch unerwünschte Konsequenzen haben. Etwa als der Steuerfahnder Klaus Förster 1981 ein Kaschenbuch von Flick-Generalbuchhalters Rudolf Diehl entdeckte, „in dem Bargeldzahlungen an Politiker aller im Bundestag

vertretenen Parteien verzeichnet waren“, wie die taz berichtet. Genauer: dreimal 250.000 D-Mark (DM) an den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, 565.000 an den CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl, mehrmals 30.000 Mark an Otto Graf Lambsdorff (FDP), mehrmals 70.000 DM an Hans Friderichs (FDP), 100.000 DM an Walter Scheel (FDP) und 40.000 DM an den damaligen Bundesfinanzminister Hans Matthöfer (SPD). Da kam doch glatt der Verdacht auf, dass diese Zuwendungen die Mandatsträger in ihrer Entscheidungsfindung beeinflusst haben könnten. Möglicherweise 1975, als der Flick-Konzern Daimler-Aktien im Wert von 1,9 Milliarden DM an die Deutsche Bank verkaufte und dafür eigentlich Steuern in Höhe von 986 Millionen Mark angefallen wären. Die damals amtierenden Finanzminister Hans Friderichs und später Otto Graf Lambsdorff genehmigten allerdings eine Befreiung von dieser Last.

Für den Generalbevollmächtigten von Brauchitsch endete die Flick-Affäre mit Bewährung, für die Herren Friderichs und Lambsdorff mit Geldstrafen. Gar keine Konsequenzen gab es für den Milliardär an der Spitze: Friedrich Karl Flick, dessen Vater Friedrich Flick schon vor dem Zweiten Weltkrieg politische Landschaften pflegte – als Spender an sämtliche politische Parteien außer kommunistische, wobei er sich ab 1933 auf die NSDAP konzentrierte.

Nach der Enteignung jüdischer Unternehmen und der Aneignung selbiger durch Flick mussten in seinen Betrieben bis zu 100.000 Menschen Zwangsarbeit leisten. Bei den Nürnberger Prozessen wurde der Unternehmer zwar wegen Sklavenarbeit, Verschleppung, Ausplünderung der besetzten Gebiete und Teilnahme an SS-Verbrechen im Dezember 1947 zu sieben Jahren Haft verurteilt. Er kam allerdings schon 1950 wieder frei, nachdem sich die Bundesregierung für ihn eingesetzt hatte. Sein Vermögen durfte er behalten – abgesehen von einer Steinkohlegesellschaft, die er zum Marktpreis verkaufen musste. 1963 – Flick zählte längst wieder zu den reichsten Deutschen – war endgültig alles vergeben und vergessen: Für seine Lebensleistung bekam der „schöpferische Unternehmer“ das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband verliehen.

In keinem Land Europas ist die soziale Ungleichheit größer als in Deutschland, der Nation mit dem größten Niedriglohnssektor. Während ein gutes Drittel der Bevölkerung über keinerlei Ersparnisse verfügt, mitunter schon vor der Corona-Krise überschuldet war und nun durch Inflation, steigende Energie- und Lebensmittelpreise immer stärker unter Druck gerät, sind nicht alle gleichermaßen betroffen: Für die Reichen und Vermögenden gibt es keine Krise, sie konnten Geld und Wertanlagen weiter mehren. Die Zahl der Milliardäre ist im Jahr 2021 um 24 gestiegen und mit 213 Personen so hoch wie nie.

Wer es an die Spitze schafft, fängt selten bei Null an, sondern kann meist auf dem aufbauen, was die Eltern hinterlassen – und findet das oft prima. „Ich will Geld verdienen und mir Segelyachten kaufen von meiner Dividende und so was“, sagt Verena Bahlsen, die knapp ein Viertel der Anteile am Familienunternehmen hält, das die Zwangsarbeiter im Nationalsozialismus „gut behandelt“ haben soll.

Nach ihren Aufierungen gab es einen Riffel von Lars Klingbeil, damals SPD-Generalsekretär: „Wer ein so großes Vermögen erbt, erbt auch Verantwortung und sollte nicht so abgehoben auftreten. Es ist kein Wunder, dass Menschen den Glauben an Gerechtigkeit verlieren, wenn Millionen-Erben über lachten und nicht über Verantwortung reden.“ Entsprechend hieß es im Wahlprogramm zur Bundestagswahl, die Regelung zur Erbschaftsteuer sei „ungerecht, da sie vermögende Unternehmenserben bevorzugt“. Und: „Mit einer effektiven Mindestbesteuerung werden wir die Überprivilegierung großer Betriebsvermögen abschaffen.“

Doch in Regierungsverantwortung sieht die Welt ganz anders aus, wer gestalten will, muss kompromissbereit sein und so hat es die Reform – wie auch die Einführung einer Vermögenssteuer – leider nicht in den Koalitionsvertrag geschafft. „Wir haben ein Riesenproblem in Deutschland“, hat Milliarden-Erbe Sven Quandt erkannt. Und zwar? „Dass wir nie vergessen können.“

KOLUMNE

Meine Fresse, das kann sich echt niemand ausdenken: Da kann ganz Deutschland für neun Euro im Monat ein viertel Jahr lang mit Bus und Bahn durchs Land fahren – und an allen Ecken und Enden wird gleich wieder rumgeheult, rumgenörgelt und rummoralisiert. Määhmäähmää: Alles nur Opium fürs Volk, das „der Steuerzahler“ wieder finanzieren muss. Määhmäähmää: Hätte man die 2,5 Milliarden mal lieber in [bitte Lieblingsthema einfügen] gesteckt. Määhmäähmää: Wie sollen die Bahnbetriebe das alles schaffen? Määhmäähmää: Besser mal die Strecken ausbauen und besseren Service gewährleisten! Määhmäähmää: Die Züge sind eh schon dauernd überfüllt, jetzt wird's noch schlimmer! Määhmäähmää: Die Leute auf dem Land haben nix von dem Ticket, weil die Busse da nur alle vier Stunden kommen und alle eh mit dem Auto fahren! Ah ja und das dümmste

Sylt, wir kommen – oder auch nicht!

Seit Mittwoch gilt in ganz Deutschland das 9-Euro-Ticket, doch schon vor dem Start wurde obligatorisch nur gemeckert.

Von Elena Wolf

Määhmäähmää: Oh, Gott, wenn man in 14 Stunden, 26 Minuten und sechs mal Umsteigen mit dem 9-Euro-Ticket vom Stuttgarter Hauptbahnhof nach Westerland fahren kann, dann explodiert Sylt – oder schlimmer noch: wird von besoffenen linken Autonomen übernommen, die die Strände vollkotzen und

das Meeresfrüchte-Paradies „Gosch“ abfackeln. Solche Horrorfantasien hatte die „Bild“ vor einigen Wochen evoziert, als etwa der SWR die absurde Sylt-Reiseidee für das 9-Euro-Ticket verbreitete und sich der Geschäftsführer der Sylt Marketing GmbH besorgt über einen „zu erwartenden Ansturm“ auf die Insel äußerte.

Die Steilvorlage ließ sich Links-Twitter natürlich nicht zweimal geben und verwandelte die reißerische „Bild“-Panikmache vor dem 9-Euro-Ticket in Windeseile in lustige Memes und andere Tweets, die sich angelehnt an die tatsächlich stattgefundenen Chaostage Sylt 1995 mit den Hashtags #ChaostageSylt2022, #Syltokalypse und #SyltEntern auf allen möglichen Social-Media-Plattformen verbreiteten und im – meiner Ansicht nach lustigsten – Hashtag #Sylt seinen Höhepunkt fand: Das St. Tropez Deutschlands muss von den Bonzen befreit und wie „Malle“ zur Partyinsel revolutioniert werden, damit sich auch der Pöbel an den Stränden literweise bezahlbaren Aperol Spritz reinfahren kann. Klassische Sponti-Spaßguerilla halt: „Sylt für alle, sonst gibt's Krawalle!“ Das 9-Euro-Ticket als Klassenkampf-Fahrschein in der Holzklasse – denn ICE ist ja nich. Man möchte schließlich keine First-Class-Gäste verärgern, die durch die Abteilscheibe mit ansehen müssen, wie sich 9-Euro-Assis



DIE SCHON WIEDER

beim Bierbong-Saufen gegenseitig anfeuern. Schon klar.

Hauptsache kein ÖPNV-Kommunismus

Kann man jetzt beschueuert oder kindisch finden. Nachdem aber die DB Cargo selbst ein Meme verbreitete, auf dem ein Güterzug mit der Beschriftung „Sanabria“, „Bierhelme“ und „Elotrans“ (Durchfallmittel, das auch bei suffbedingtem Kater helfen soll) durchs Bild rollte, soll später niemand sagen, dass es „nur“ „linke